

Zeitschrift:	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber:	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band:	77 (1997)
Heft:	2
Artikel:	Bedenken zur Wirtschafts- und Währungsunion : Überlegungen eines Mitglieds der Zivilgesellschaft
Autor:	Tettamanti, Tito
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-165714

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tito Tettamanti
promovierte in Bern zum Doktor iur.; Rechtsanwalt und Notar. Regierungsrat, Gründer und Hauptaktionär der Fidinam Treuhandgesellschaft, einer der führenden Schweizerischen Treuhandgesellschaften auf dem Gebiet der Gesellschafts- und Steuerberatung. Berater und Investor im internationalen Immobilien- und Finanzsektor. Ende der achtziger Jahre übernahm Tettamanti die Kontrolle über Saurer AG, die sich zu einer weltweit führenden Firma in der Herstellung von Spinnmaschinen entwickelt hat und deren Ehrenpräsident er heute ist. In den letzten Jahren befasste er sich auch mit Investitionen im Infrastruktur- und Immobilienbereich in China. T. Tettamanti tritt des öfteren als Teilnehmer an Konferenzen und Debatten auf und veröffentlicht Beiträge in Zeitungen und Fachzeitschriften. Er ist Autor der Bücher «Welches Europa?» und «Manifest für eine liberale Gesellschaft».

BEDENKEN ZUR WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGUNION

Überlegungen eines Mitgliedes der Zivilgesellschaft

Wie immer Europa auch organisiert sein wird, wenn es nicht aktiv mitgetragen wird von der europäischen Bürgergesellschaft, bleibt es ein kühnes und ausgeklügeltes Projekt von Technokraten und Bürokraten, das den Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte nicht gewachsen ist.

Zur Bürgergesellschaft gehören alle, welche die gesellschaftliche Realität kulturell, sozial, wirtschaftlich und politisch mitgestalten und mittragen. Sie besteht aus einer Vielfalt von organisiert und spontan verbundenen Individuen und Gruppen, welche den Staat beeinflussen, indem sie ihm gleichzeitig Widerstand leisten und ihn auch im Gleichgewicht halten.

Die Interessen der Zivilgesellschaft decken sich nicht immer mit denen der Politiker, der grossen Industrien und des Kapitals und bewirken jene Dialektik, die im Mittelpunkt meines Beitrags steht.

Das politische Ziel der WWU

«Mit dem im Vertrag von Maastricht vereinbarten Ziel der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wurde ein ehrgeiziger Schritt in Richtung einer forcierten Vertiefung der europäischen Integration gesetzt.» Dies sind die Worte des österreichischen Bundeskanzlers. Ähnliche Ansichten über das politische Endziel haben Ministerpräsidenten, Finanzminister, Zentralbankpräsidenten zum Ausdruck gebracht. Die Währungsunion wird also nicht als Konsequenz von bereits erfolgten Schritten der politischen Integration gesehen, sondern als einleitender Schritt. Dies gibt Anlass zu Bedenken: Zum einen folgt geschichtliche Erfahrung einer anderen Logik und lässt die einheitliche Währung aus einem einheitlichen politischen Gebilde heraus entwickeln; zum anderen wird man den Eindruck nicht los, es werde mit der WWU eine Art Abkürzung gewählt, mit welcher man unbequemen Fragen und Entscheidungsprozessen ausweicht.

Zu wenig beachtete Aspekte

Erstens: Die Voraussetzung für den Erfolg einer Einheitswährung ist eine gewisse Ausgewogenheit der unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Bedingungen im Gesamtgebiet. Liegt eine solche nicht vor, so sind strukturelle Anpassungen notwendig, die nicht schmerzlos verlaufen können. Wenn wir die grossen Unterschiede unter den Volkswirtschaften der 15 Länder der EU und ganz allgemein in Europa (insbesondere das Nord/Süd- und das West/Ostgefälle) in Rechnung stellen, so fragt sich, ob der Wille vorhanden sei, die ökonomischen und politischen Konsequenzen zu tragen. Die französischen Streiks vom Dezember 1995 lassen hier Zweifel offen.

Zweitens: Eines muss allen Beteiligten klar sein: Es wird nicht nur zu schmerzhaften Anpassungen kommen. Ökonomisch schwächere Staaten werden, wenn sie der WWU beitreten, nicht länger auf monetäre Massnahmen zurückgreifen können, um ihre Finanzen zu sanieren, das heisst, sie können weder den Wechselkurs noch die Geldmenge weiterhin als Instrumente der nationalen Wirtschaftspolitik einsetzen. Volkswirtschaftlich starke Länder wie etwa die Bundesrepublik müssen sich da über die verhassten kompetitiven Abwertungen keine Sorgen mehr machen. Aber die schwachen Staaten werden gezwungen, die nicht mehr vorhandene Flexibilität der Wechselkurse durch Senkung der Reallöhne, durch erhöhte Mobilität (z. B. Auswanderung), durch zusätzliche Arbeitslosigkeit oder durch die Hoffnung auf privaten oder öffentlichen Kapitaltransfer auszugleichen. Wenn wir die ebenfalls zu Europa gehörenden Noch-



nicht-Mitglieder in Mittel- und Osteuropa einbeziehen, was wir meines Erachtens unbedingt tun sollten, sieht die Situation bezüglich Konvergenz noch prekärer aus. Die im Vertrag von Maastricht verlangten Anpassungen sind zwar durchaus begrüßenswerte Korrekturen früherer Versäumnisse. Je grösser diese aber waren, desto schmerzhafter werden die Folgen sein.

Ich will hier nicht einfach den Schluss ziehen, dass damit die Reichen reicher und die Armen ärmer werden, aber Bedenken solcher Art sind gerechtfertigt, vor allem wenn man an die Folgen denkt, die solche Entwicklungen auslösen.

Drittens: Der globale Stellenwert des EURO lässt voraussehen, dass er gegenüber dem Dollar die Rolle als Reservewährung, als Mittel für internationale Zahlungen übernehmen könnte. Diese Entwicklung könnte nicht nur Vorteile haben. Sie bewirkt nämlich eine defizitäre Aussenhandelsbilanz und könnte die Versuchung erwecken, sich von der währungspolitischen Disziplin, wie sie heute von der Deutschen Bundesbank praktiziert wird, zu entfernen. Ein schleichender Wertverlust wäre gegenüber einem ähnlich schwachen Dollar nicht sofort erkennbar.

Noch schlimmer werden die Konsequenzen sein, wenn in folgenden sensiblen Bereichen die unterschiedlichen Meinungen in den verschiedenen Staaten der EU die europäische Währungspolitik beeinflussen: die Gefährlichkeit bzw. die Tolerierung von Inflation, die Bereitschaft, sich für die monetäre Stabilität zu opfern, die Notwendigkeit der Bekämpfung der De-

Honoré Daumier: «Der gesetzgebende Bauch»,
Lithographie, 1834.
Musée d'Orsay, Paris.

Da die
Budgetdefizite
durch die
Notenbanken
nicht mehr
finanziert werden
können, muss
auf die
Besteuerung
zurückgegriffen
werden.

flation, die Reaktion auf zunehmende Arbeitslosigkeit, die Rücksichtnahme auf den Druck von Gewerkschaften und auf politischen Druck aller Art. Es fällt schwer, den Glauben zu bewahren, dass die Geldpolitik der WWU den Stabilitätskurs der deutschen Bundesbank weiter verfolgen wird.

Unter den eifrigen Befürwortern der WWU gibt es zwei Gruppen von Staaten. Einerseits Deutschland, die Staaten im DM-Block und Frankreich, die überzeugt sind, dank einer Politik der Stabilität und der Währungsdisziplin ihre eigenen Interessen zu wahren, und andererseits die hoch verschuldeten Staaten, die in der WWU die letzte Chance sehen, in ihrer finanziellen Notsituation eine Unterstützung zu erhalten. Selbstverständlich können die einzelnen Staaten ihre Schulden nicht auf die EU überwälzen. Ungeachtet der Disziplinarmassnahmen ist es jedoch nicht vorstellbar, dass die WWU es sich leisten könnte, eines ihrer Mitglieder als zahlungsunfähig einzustufen zu lassen. Der Vertrauensschwund für den EURO in den Märkten wäre zu gross. Man kann sich vorstellen, dass die «sündigen» Staaten hinsichtlich ihrer Staatshaushalte unter Vormundschaft gestellt würden; die politischen und gesellschaftlichen Reaktionen in den betreffenden Staaten sind nicht leicht vorauszusehen, geben jedoch Anlass zur Sorge.

Die Alternative scheint relativ einfach zu sein. Entweder begrenzt sich die WWU auf wenige wirtschaftliche – und in punkto Budget disziplinierte – homogene Staaten. In diesem Falle hätten wir einen harten EURO, den wir auch ruhig DM-Block nennen könnten. Oder die WWU versucht, gemäss ihren politischen Ambitionen, ein integriertes Europa zu schaffen und wird soweit wie möglich erweitert, auch mit Rücksicht auf die diesbezüglichen Empfindlichkeiten ihrer Mitgliedstaaten und in konsequenter Anknüpfung an ihre zentralistischen Züge. Sie übernimmt in diesem Fall die Lasten der finanziellen und strukturellen Schwächen gewisser Mitglieder und versucht, die weniger Leistungsfähigen zu bevormunden. Wenn dies der Fall wäre, würde der EURO sicher keine harte Währung. Ralf Dahrendorf schreibt dazu im «Economist»: «dass wir es mit einem grossen Fehler, einem fehl-

geleiteten Ziel zu tun haben, welches Europa eher teilt als es einigt».

Wenn die Unausgewogenheiten zu gross sind, können die Belastungen für die Verlierer, die Schwächeren, zu stark werden. Die Folge davon wären noch höhere Arbeitslosenzahlen und die damit verbundene Gefahr zunehmender sozialer und politischer Spannungen. Immerhin könnten Kapitaltransfers von privaten oder öffentlichen Quellen hier ausgleichend wirken.

Bei der Rigidität, welche die WWU bewirkt, weil sie die Konkurrenz der Systeme und monetäre Massnahmen von einzelnen Staaten ausschliesst, wird der Anreiz einer viel höheren Rendite für die privaten Kapitaltransfers, die das verstärkte Risiko (inklusive Währung) deckt, verschwinden. Man wird im Grunde genommen nur auf Transfers öffentlicher Mittel warten. Dies ist unter verschiedenen Gesichtspunkten negativ:

Zum *einen* ist das Risiko, dass Kapitaltransfers ein politisches Druckmittel und der Inhalt ein Tauschhandel werden, gross.

Zum *zweiten* wird die Teilung von Europa in bevormundete und nicht bevormundete Staaten auf die Dauer eine der beiden Wirkungen zeigen: entweder Frustration und Ärger gegenüber den Reichen, was Spaltungsgelüste, zentrifugale Tendenzen, hervorruft. Das ist gerade das Gegenteil des Zusammengehörigkeitsgefühls in gegenseitiger Achtung, welches ein Ziel der Europäischen Union sein sollte. Oder es wird bei den Netto-Empfänger-Staaten jene gefährliche Mentalität wohlfahrtsstaatlicher Entmündigung erzeugen, bei welcher selbständige Bürger in Unterstützungsnehmer verwandelt werden. Die Reichen müssen zahlen, die Armen müssen nichts unternehmen, um wohlhabender zu werden, sie werden aber verlangen, unterstützt zu werden.

Zum *dritten* darf nicht vergessen werden, dass in der EU keine geregelten Verfahren für Ausgleichs- und Förderungsbeiträge und Investitionshilfen bestehen und die Gefahr von Fehlallokationen hoch ist. Es trifft zwar zu, dass Hunderte von Milliarden DM von Westdeutschland nach Ostdeutschland geflossen sind. Diese Solidarität hatte und hat ihre Basis im Motiv der nationalen Wiedervereinigung. Aber: Wo ist innerhalb Europas eine vergleich-

bare Motivation und Bereitschaft der reichen Länder zu finden? Die heutige Finanz- und Wirtschaftslage, das Deflationsgespenst und die Arbeitslosigkeit auch in den reichsten Ländern der EU geben keinen Anlass zu Optimismus.

Die Herausforderungen an die Fiskal- und Beschäftigungspolitik

Mit der Währungsunion werden auch die Voraussetzungen für eine zukünftige Fiskalunion geschaffen. Damit ist der Verdacht, dass wir auf ein zentralistisches Europa ohne Vielfalt und ohne Wettbewerb der Systeme zusteuer, nicht von der Hand zu weisen.

Es kann nicht bestritten werden, dass durch die Aufhebung der geldpolitischen Autonomie in der WWU auch der Manövrierraum der nationalen Fiskalpolitik eingeschränkt wird. Da die Budgetdefizite nicht mehr durch die Notenbanken finanziert werden können, muss auf die Besteuerung zurückgegriffen werden. Dies könnte aber einen rasch um sich greifenden deflatorischen Effekt haben. Ein bereits hoch verschuldeter Staat, der eine Politik der niedrigen Steuersätze benötigte, um ein positives Investitionsklima zu schaffen, um private Investitionen von aussen (das heisst Kapitaltransfers) zu fördern zwecks Schaffung dringend benötigter neuer Arbeitsplätze, wird sich im Gegenteil gezwungen sehen, eine Steuerpolitik anzuwenden, durch die seine Wettbewerbsposition noch mehr geschwächt wird. Ein noch schlimmeres Szenario zeigen die beiden Ökonomieprofessoren *Baltenberg* und *Jordan* in ihrem Artikel in der «*NZZ*» (27./28. 1. 1996). Die WWU verändert nicht nur das fiskalpolitische Umfeld und schränkt die fiskalpolitische Autonomie der Mitgliedstaaten ein, sondern eine undisziplinierte Fiskalpolitik eines Mitgliedstaates trifft die übrigen Mitglieder durch ein erhöhtes Zinsniveau und vermehrte Transferzahlungen. Mit anderen Worten: Mit der Währungsunion werden auch die Voraussetzungen für eine zukünftige Fiskalunion geschaffen. Damit ist der Verdacht, dass wir auf ein zentralistisches Europa ohne Vielfalt und ohne Wettbewerb der Systeme zusteuer, nicht von der Hand zu weisen.

Niemand kann bestreiten, dass die Arbeitslosigkeit das wichtigste und schwierigste Problem ist, mit dem sich die Nationen unseres Kontinents konfrontiert sehen. *Otmar Issing*, Mitglied des Direktoriums der deutschen Bundesbank, äussert in einem Gespräch mit *CASH* (6. 9. 1996) Folgendes: «*Man muss unter allen Umstän-*

den vermeiden, dass einzelne Teilnehmer bei den anderen das Geld zur Finanzierung der Folgen der eigenen finanzpolitischen Fehler beschaffen können.» Dem ist zuzustimmen, aber es wird nicht leicht sein, diesen Grundsatz in der Praxis durchzuhalten.

Issing argumentiert weiter, dass die Währungsunion eine sehr viel grössere Flexibilität des Arbeitsmarktes erfordert: «Der Anpassungsdruck an veränderte Bedingungen lastet nun vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Mit der heutigen Struktur der europäischen Arbeitsmärkte oder gar noch einer weiteren Verfestigung hat eine Währungsunion keine Chance auf eine geidhliche Entwicklung». Bundesbankpräsident Tietmeyer warnt, «ein übereilter Beitritt (in die WWU) könnte zu steigender Arbeitslosigkeit in den betreffenden Ländern führen». Diesen ehrlichen und kompetenten Aussagen von zwei angesehenen Exponenten einer Zentralbank kann man nur zustimmen.

Verschiedene Staaten, die in einer – meist selbstverschuldeten – schlechten finanziellen Situation stecken, stehen vor folgender Schicksalsfrage: Entweder sie versuchen, die eigene wirtschaftliche Lage langsam zu verbessern, jedoch mit der Gefahr, diskriminiert zu werden und den Anschluss zu verpassen, oder sie müssen den Anschluss mit einer entsprechend schmerzhaften Rosskur forcieren, die schlimmere Konsequenzen nicht ausschliesst. Falls jene Währungsdisziplin, die prognostiziert wird, wirklich in Kraft tritt, wird die WWU – mindestens kurzfristig – keinen erfreulichen Einfluss auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigungspolitik haben.

Das Gespenst des Protektionismus

Die durch die heutige Situation der Deflation verursachte Ernüchterung hat auch den Begeisterungsschwung bei der europäischen Einigung gebremst. Die heutigen Debatten in Europa sind nicht mehr die der Gründerväter, sondern die von Politikern und Regierungsmitgliedern, die für den eigenen Staat die bestmögliche Ausgangsposition schaffen wollen, um im aktuellen harten Wettbewerb bestehen zu können. Die technologischen Fortschritte haben auf Weltebene Zeit- und Raumdifferenzen weitgehend beseitigt. Sie er-

zwingen die Globalisierung, die nationale Schutznetze wertlos macht, sowie einen viel höheren Grad von Effizienz, Mobilität und Risikofreudigkeit.

Der Verdacht, dass die WWU in der heutigen Wirtschaftslage mit der wirtschaftlichen Kluft zwischen Nord- und Südeuropa (und morgen auch mit Mittel- und Osteuropa) eher auf die Konservierung bestehender Wirtschaftsstrukturen zielt, muss ernst genommen werden. Die heute für die WWU vorgeschlagene Lösung ist vor allem auf die von ihrem Standpunkt aus gerechtfertigten Belange einiger Staaten zugeschnitten, speziell von Deutschland als dem grössten und wirtschaftlich wichtigsten Land Europas. Aber es handelt sich um eine Lösung, welche die einzige Chance der heutigen «ärmeren» Staaten, aus ihrer Situation herauszukommen, vereitelt: die Konkurrenz der Systeme, insbesondere im Bereich des Lohnniveaus, der Sozialleistungen und der fiskalischen Belastung. Diese Konkurrenz stört die grösseren und reicheren Staaten mit hohen Löhnen, Staats- und Fiskalquoten und mit starker Regulierung. Durch erzwungene Harmonisierung will man die Vorteile der konkurrierenden Billiglohn- und Niedersteuerländer ausschalten, und man ist dafür bereit, den schwächeren Partner zu subventionieren und damit gleichzeitig abhängig und schwach zu machen. In wirtschaftlich schwächeren Ländern ist die Rolle des subventionierten Hilfsbedürftigen leider oft populärer als die Rolle des potentiellen Herausforderers, so dass der Teufelskreis der Abhängigkeit durch ein Fehlverhalten auf beiden Seiten zementiert wird.

Die Mitglieder der EU sind für den globalen Wettbewerb schlecht gerüstet. Technologisch sind wir gegenüber Amerika zehn bis fünfzehn Jahre im Rückstand. Die harte Währung der EU, die DM, ist teuer. Noch teurer ist der französische Franc. Die Produkte der wichtigsten europäischen Wirtschaften, namentlich aus Deutschland und Frankreich, stammen aus dem mittleren oder unteren Technologiebereich. Solche Produkte sind im Konkurrenzkampf um Exportanteile global sehr stark unter Druck.

Die Frage stellt sich auch, ob unsere Sozialsysteme noch finanzierbar sind. Unsere Wohlfahrtsgesellschaft ist unflexibel. Wie

Durch
erzwungene
Harmonisierung
will man die
Vorteile der
konkurrierenden
Billiglohn- und
Niedersteuer-
länder aus-
schalten.

können die wichtigsten Staaten der EU zehn Jahre gewinnen, in der Hoffnung, sich in dieser Zeitspanne auf den globalen Wettbewerbskampf vorzubereiten? Indem man rund um die DM und den französischen Franc einen geschützten Markt von teuren europäischen Produkten, die mit einer teuren europäischen Währung zu zahlen sind, errichtet. Das heisst, man lässt den Konsumenten zahlen. Der überholte nationalstaatliche Protektionismus wird durch einen europäischen Protektionismus rund um die WWU ersetzt. Ein solcher Protektionismus kann natürlich durch Selbstbeschränkung oder durch intelligente und konsequente Massnahmen, wie etwa das Steuersenkungsprogramm der Regierung *Kohl*, durchaus auch kurzfristige Erfolge aufweisen. Sie hat auch den Vorteil, dass sie schrittweise und dosiert eingeführt werden kann. Ob sie allerdings die beste Antwort auf den globalen Wettbewerb ist, bleibe dahingestellt.

Ausflug in die kompetitive Abwertung des EURO?

Es muss auch die Frage erlaubt sein, was geschieht, wenn es zu jener unbeliebten kompetitiven Abwertung in Form eines Kampfes zwischen Dollar, Euro und Yen kommen würde. Wie wird jener Teil der

Die Mitglieder der EU sind für den globalen Wettbewerb schlecht gerüstet.

370 Milliarden Dollar, welche die Zentralbanken der Mitgliedstaaten der EU heute halten, die Entwicklung auf dem globalen Währungsmarkt beeinflussen, wenn sie einmal freigegeben werden? Die auf den Markt gelangenden Dollars könnten den Dollar weiter schwächen und Exporte in die USA noch schwieriger machen.

Wäre es da nicht besser für die Exportindustrie, durch einen schwachen Euro eine versteckte Abwertung der Deutschen Mark und des französischen Franc zu bewirken? Und wäre dies nicht ein Ausweg aus der heutigen Krise, um die Volkswirtschaft wieder in Schwung zu bringen und Arbeitsplätze zu schaffen? Das Szenario einer moderaten Abwertung hat in letzter Zeit bei verschiedensten Exponenten der Wirtschaft an Akzeptanz gewonnen, auch wenn dies nicht überall offen diskutiert wird.

Die Arbeitslosigkeit und die verzweifelte Suche der Regierungen nach Auswegen und nach Möglichkeiten, eingegangene wohlfahrtsstaatliche Versprechungen doch noch zu halten, rücken dieses Szenario durchaus in den Bereich des Möglichen.

Talleyrand hat einmal gesagt, je weniger Regierungen ein klares Ziel vor Augen hätten, desto schneller würden sie laufen, um es zu erreichen. Hoffen wir, dass für ein Mal *Talleyrand* nicht recht bekommt. ♦

SPLITTER

Obwohl ich also einen gemeinsamen Markt bejahe, bin ich doch der Auffassung, dass auch in einem solcherart integrierten Europa die Lebens- und Produktionsbedingungen niemals einheitlich sein werden. In gewissem Sinne beruht die Funktion des Gemeinsamen Marktes ja gerade umgekehrt auf der Möglichkeit und Notwendigkeit einer fruchtbaren Ergänzung der einzelnen Länder nach Massegabe ihrer besonderen und unterschiedlichen Leistungskraft und der Vielfältigkeit der naturgegebenen und strukturellen Bedingungen.

Aus: LUDWIG ERHARD: Wohlstand für Alle, Düsseldorf 1957, S. 311